

i Fíjate!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 295

22. Okt. 2003

10. Jahrgang

Die indigene Beteiligung am politischen Geschehen

Guatemala ist dem Wahlfieber verfallen. Die Strassen und Häuser sind gepflastert mit Plakaten von Kandidaten, die sich aus der Ferne auffallend ähnlich sehen. Die Seifenopern und Unterhaltungssendungen im Fernsehen werden alle paar Minuten von einem Wahlspot unterbrochen, die alle ähnlich tönen. Die populistische Art, in der diese Spots daherkommen, soll über den Mangel an seriösen Wahlprogrammen hinwegtäuschen. Es fehlt an gehaltvollen Informationen und Auseinandersetzungen, die über die Frage „Gewinnt er oder gewinnt er nicht?“ hinausgehen.

Im folgenden Artikel macht sich der Soziologe Ricardo Sáenz de Tejada Gedanken über die politischen Prozesse der letzten Jahre, die Beteiligung der indigenen Bevölkerung daran sowie über den aktuellen Wahlprozess. Der Artikel erschien im *Reporte Diario* 341 und 342 von *Incidencia Democrática*.

Einleitung:

Die politische Beteiligung der Indígenas zu analysieren stellt einen vor eine Reihe von Fragen und vor eine Reihe theoretischer, konzeptueller und methodologischer Leerstellen, die schwer zu füllen sind. Von welchem Zeitraum will man sprechen? Von welchem Moment an kann von einer politischen Beteiligung gesprochen werden? Welche Formen politischer Herrschaft haben sich im Laufe der Jahre in den indigenen Gesellschaften entwickelt?

Die Unterdrückung der indigenen Völker seit Anfang des 16. Jahrhunderts auf dem heutigen guatemaltekischen Territorium bedeutete gleichzeitig die Zerstörung der autochthonen Staaten. Es entstanden *Indigene Völker* und aufgrund mehrerer und komplizierter Prozesse entstanden die verschiedenen *indigenen Gemeinschaften*. (Hierbei wird von einer Definition ausgegangen, die nicht auf linguistischen Gruppen aufbaut, sondern auf einem Gemeinschaftsleben, das auf territorialen und überregionalen Zusammenschlüssen basiert.)

Die Formen der Machtausübung in den indigenen Gesellschaften waren seit jeher unterschiedlich. Mit dem Beginn der Spanischen Herrschaft übernahm die indigene *Nobleza* Verantwortung und übte eine Art Vermittlerrolle aus. Zu ihren Aufgaben gehörte das Einziehen der Tribute und Abgaben, die Organisierung der Fronarbeit, das Abfangen von Protesten etc. Im Gegenzug wurde die *Nobleza* von den Spaniern begünstigt. Sie musste keine Abgaben bezahlen, hatte gewisse Privilegien und entwickelte sich zur höchsten Autorität der indigenen Gemeinschaft.

Doch die indigene *Nobleza* konnte ihren Ruf und ihre Autorität nicht lange aufrechterhalten. Nach und nach wurde sie ersetzt durch die Gruppe der *Principales*: Ältere Menschen, die eine einflussreiche Familie vertraten oder eine Gruppe, die auf einem bestimmten Gebiet lebte, und die ihre Macht aufgrund des Dienstes, den sie an der Gemeinschaft leisteten, aufbauen und erhalten konnten. Dieses System der traditionellen Machtpositionen oder religiös-zivilen Hierarchie erlaubte die Konstituierung einer internen politischen Ordnung in den indigenen Gemeinschaften. Ihre Entwicklung und ihre soziale Reproduktion waren garantiert. Und obwohl dieses

System ein fragiles soziales Gleichgewicht schuf, war es nicht ohne Widersprüche.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kollabierten diese traditionellen Hierarchien. Interessant dabei ist, dass dieser Zusammenbruch parallel mit dem Beginn von politischen Wahlkampagnen in den mehrheitlich von Indígenas bewohnten Gemeinden einhergeht. Ebenso wichtig zu erwähnen ist, dass das Wahlrecht in Guatemala keine lange Tradition hat. Die Verfassung von 1945 verpflichtet alle Männern über 18 Jahren, die lesen und schreiben können, sich ins Wahlregister eintragen zu lassen. Wählen bedeutete für sie Wahlpflicht. Für Frauen (egal ob sie lesen und schreiben konnten oder Analphabetinnen waren) sowie für analphabetische Männer war Wählen nur ein Recht und niemand konnte sie dazu zwingen.

Mit dem Aufkommen der Parteien auf Gemeindeebene in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die Grundlage für eine politische Kultur und Praxis gelegt, die bis in die heutige Zeit gültig ist. Sie charakterisiert sich durch die Gegensätze: (Haupt-)Stadt – Land und Bezirkshauptorte – Dörfer.

Die auf nationaler Ebene arbeitenden politischen Parteien werden in der Hauptstadt gegründet und von dort aus geführt. Eine Analyse über die Zusammensetzung der Führungseliten der Parteien, die im Parlament vertreten sind, ergab, dass 70% der VertreterInnen dieser Leitungsgremien in der Hauptstadt leben. Diese Dynamik ändert sich während der Wahlkampagne, wenn die Parteien versuchen, auch in den Gemeinden präsent zu sein.

Auf dem Land spielt sich das politische Leben in den Bezirkshauptorten ab, wo die einzelnen Gruppierungen oder lokalen Parteivertretungen sich aufgrund ausgehandelter Privilegien einer der nationalen Parteien anschliessen. Dabei bieten die nationalen Parteien die legale Struktur und in einigen Fällen eine finanzielle Unterstützung. Umgekehrt gewährleisteten die lokalen Parteien die Basis, auf die sich die nationalen Parteien in ihren Kampagnen abstützen und sie verpflichten sich, eine bestimmte Anzahl Wahlstimmen zusammenzubringen und auf lokaler Ebene die Wahlkampagne für die entsprechende Partei zu organi-

sieren. Der Klientelismus ist eines der Kernelemente dieser politischen Praxis.

Auffallend ist dabei die Tatsache, dass es seitens der Basis keinerlei Identifizierung mit den Kernaussagen und den Ideologien der Partei gibt, der man sich angeschlossen hat. Dies hat vielerlei Ursachen. Die wichtigste ist, dass die Parteien kein Interesse an der Mitarbeit und Mitsprache der Parteimitglieder bei der Ausarbeitung eines politischen Programms haben. Sie haben kein Interesse daran, organisative Arbeit an der Basis zu leisten, geschweige denn, ihre Mitglieder politisch zu bilden.

Das Resultat ist, dass die Lebensdauer der Parteien sehr kurz ist (eine Ausnahme ist die *Democracia Cristiana*), und dass sich auf Gemeindeebene eine Art lokale Politelite bildet, die von einer Partei zur andern springt, je nach ihren persönlichen Interessen und den Abkommen, die sie aushandeln konnten.

Das zweite erwähnte Spannungsfeld: Bezirkshauptort – Dörfer funktioniert nach ähnlichen Mechanismen wie das Phänomen Stadt – Land: Die lokale Partei sucht den Kontakt zu Führungspersönlichkeiten in den Dörfern, damit diese ihnen auf Dorfebene die Wahlkampagne bestreiten. „Gekauft“ werden sie oft mit leeren Versprechen oder mit der Aussicht auf einen Posten in der Gemeinderegierung.

Die Mayas und die politischen Parteien

In Bezug auf die indigene Bevölkerung, betreiben die Parteien eine in der Hauptstadt zentralisierte, ausschließende und ethnozentrische Praxis. Ein Blick auf die Zusammensetzung der Parteispitzen, auf die Kongressabgeordneten und auf die politischen Leitfiguren zeigt, dass diese der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung nicht entspricht. Von den 113 Abgeordneten, die zur Zeit den Kongress besetzen, sind nur 13, das heisst 11%, Indígenas.

Im Moment existieren keine präzisen Daten über die Organisationsstrukturen der Parteien und über die ethnische Zusammensetzung ihrer Mitglieder. Es ist jedoch festzustellen, dass die Parteien dazu tendieren, ihre legale Struktur auf ein gesetzlich vorgeschriebenes Minimum zu beschränken. Das hat zur Folge, dass es kein parteipolitisches Selbstverständnis auf lokaler und kommunaler Ebene gibt. Seit den 80er Jahren hat sich die indigene Bevölkerung zu einem politischen Subjekt entwickelt, zu einer Manövriermasse, die von den Landinos je nach Bedarf und politischem

Klima eingesetzt wird.

Wie ist das Verhältnis der Mayas zu den politischen Parteien?

Seitens einer intellektuellen Maya-Elite gibt es eine permanente Kritik und Veränderungsvorschläge. Einige sprechen sich generell gegen Parteien aus, weil diese nicht der Kosmovision und den Interessen der Mayabevölkerung entsprechen. Andere schlagen vor, bei allen politischen Debatten und speziell bei der Diskussion über eine Reform des Partei- und Wahlgesetzes, die Kosmovision der Mayas als elementaren Bestandteil einzubeziehen.

Eine teilweise erfolgreiche Strategie beim Durchbrechen der zentralistischen Parteiführung ist die Beteiligung von sog. *Comités Cívicos* (BürgerInnenkomitees). Der Aktionsradius der BürgerInnenkomitees beschränkt sich auf die Gemeinde und sie haben einen zeitlich begrenzten Charakter, der auf die Wahlkampagne bezieht. Bei den Wahlen im Jahr 1985 haben sich in 48 Gemeinden BürgerInnenkomitees gebildet und es wurden acht Bürgermeisteritze gewonnen. Bei den Wahlen 1999 waren es 174 Komitees, die insgesamt 25 Rathäuser gewannen. Der Nachteil der BürgerInnenkomitees ist ihre begrenzte politische Einflussnahme. Sie können weder KandidatInnen für den Kongress, geschweige denn für die Präsidentschaft aufstellen.

Eine andere Möglichkeit für die indigene Bevölkerung ist, sich auf Gemeindeebene explizit als Maya- oder Landbevölkerung zu organisieren, sich einer nationalen politischen Partei anzuschließen und unter Umgehung der departamentalen Parteistrukturen direkt KandidatInnen für das Bürgermeisteramt zu stellen. In Fällen, wo diese Strategie erfolgreich war, kam es teilweise zu Spannungen, weil diese BürgermeisterInnen dazu tendierten, die Landbevölkerung gegenüber den BewohnerInnen der Bezirkshauptorte zu bevorzugen. In anderen Fällen gab es aber auch eine ausgewogene Gemeindepolitik, die der ganzen Gemeindebevölkerung zugute kam. In einigen Gemeinden kam es durch die Präsenz eines indigenen Bürgermeisters zu einer neuen politischen Praxis, die Elemente republikanischer Staatsführung mit traditioneller Machtausübung vermischte. Beispiele dafür sind die Bildung von Räten, die Entscheidungsfindung auf Konsensbasis, die Beteiligung der BürgerInnen an politischen Entscheidungen.

Eine weitere Form politischer Beteiligung der indigenen Bevölkerung

findet in Form von politischen Vereinigungen, sozialer Organisationen und Nicht-Regierungsorganisationen statt. Als Beispiel einer politischen Vereinigung ist Nukuj Ahpop („Regierungsexperiment“) zu erwähnen. Diese Vereinigung bildete sich 1995 im Vorfeld der Wahlen und schloss sich der *Frente Democrático Nueva Guatemala (FDNG)* an. In diesem *Regierungsexperiment* wurden von zahlreichen IndigenavertreterInnen Diskussionen und Debatten geführt, die in Form einer indigenen Plattform in das Regierungsprogramm der FDNG aufgenommen wurde.

Vor kurzem wurde eine politische Vereinigung der Maya-Frauen, Moloj, gegründet. Darin sind indigene Frauen mit verschiedenen politischen Hintergründen vertreten. Allein die Tatsache, dass sich solche Interessensvereinigungen bilden, ist als ein wichtiger Fortschritt für den Aufbau einer vielfältigen Demokratie zu werten.

Durch die NRO's und die sozialen Organisationen entwickelt die Mayabewegung Prozesse und politische Aktionen, die, auch wenn sie noch immer nicht ganz aufeinander abgestimmt sind, je nach politischer Konjunktur Einfluss haben können. Auf Gemeindeebene kann es auch vorkommen, dass die NRO's und die sozialen Bewegungen die politischen Parteien gänzlich ersetzen wenn es darum geht, politischen Druck auszuüben.

Generell kann also gesagt werden, dass die politischen Parteien die indigene Bevölkerung nicht vertritt. Die Mayas bringen ihre Vorschläge nicht über parteipolitische Strukturen sondern vielmehr auf politischen Nebenschauplätzen ein. Es besteht aber durchaus ein Konsens darüber, dass das Wahlgesetz substantiell verbessert werden muss, damit eine wirkliche Beteiligung und die bürgerrechtliche Partizipation der Mayas gewährleistet werden kann.

Das Wahlsystem

Der Bericht „Desarrollo Humano de Guatemala“ vom Jahr 2000 zeigt, dass die indigene Bevölkerung von der politischen Beteiligung ausgeschlossen ist. Dieser Ausschluss hat zwei Hauptgründe: die Struktur des Wahlmechanismus und das Parteiensystem. Das aktuelle Wahlsystem ist exklusiv, weil es einen Identitätsausweis und die Einschreibung ins Wahlregister verlangt. Nicht alle Leute haben jedoch persönliche Dokumente, weil diese in den Bezirkshauptorten ausgestellt werden – vielen Leuten fehlt das Geld, um dorthin zu gehen und die notwendigen Formalitäten zu bezahlen.

Die Wahlurnen werden ebenfalls in den Bezirkshauptorten aufgestellt, was oft nicht den Wahlbezirken entspricht, die nach geographischen und demographischen Kriterien bestimmt wurden. Dies hindert viele Leute an der Stimmabgabe. Nach wie vor ist das ganze Wahlmaterial ausschliesslich auf Spanisch geschrieben und verhindert so die Beteiligung eines wichtigen Teils der Bevölkerung.

Die Wahlen finden zu einem Zeitpunkt statt, wo viele GuatemaltekenInnen ihre Herkunftsorte verlassen, um auf den Fincas zu arbeiten. Dort jedoch können sie ihre Wahlstimme nicht abgeben.

Wie bereits erwähnt, sind die politischen Parteien Vehikel, um einen Präsidentschaftskandidaten zur Wahl aufzustellen. Dieser kann eine Partei oder eine politische Organisation gründen oder sich in eine bestehende „einkaufen“, ohne dass er mit deren Ideologie oder Programm einverstanden sein muss.

Das Resultat von all dem ist eine Demotivierung der Bevölkerung bezüglich Wahlbeteiligung und politischer Beteiligung überhaupt. Man wählt nicht, weil sich die Bedingungen auch unter einem neuen Präsidenten nicht ändern und die Versprechen der Kampagne sich bald als Lügen entpuppen. Man beteiligt sich politisch nicht, weil politische Beteiligung in der Gesellschaft nach wie vor stigmatisiert ist: Entweder man gehört zur Guerilla, ist kriminell oder will sich auf Kosten des Staates bereichern.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Christiane Treeck

Heimstrasse 7

D- 10965 Berlin

Tel. ++49 (0)30/ 6150 7160

E-Mail:

c-tree@gmx.net

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Proteste legen die Hauptstadt lahm

Guatemala, 14. Okt. In den letzten Wochen fanden in der Hauptstadt mehrere Demonstrationen und Strassenblockaden statt.

Am 3. Oktober blockierten 2'000 VerkäuferInnen des Marktes *El Guarda* eine der wichtigsten Strassenkreuzungen der Hauptstadt, *El Trebol*. Sie protestierten dagegen, dass eine Bushaltestelle in der Nähe des Marktes aufgehoben wurde, was für sie weniger Kundschaft und weniger Einnahmen bedeutet. Die MarktverkäuferInnen legten den Verkehr rund um *El Trebol* für rund 8 Stunden lahm, was Auswirkungen auf die gesamte Stadt hatte. Gegen Mittag fuhren vier Männer auf Motorrädern durch die Protestierenden und schossen in die Menge. Elf Personen wurden dabei verletzt. In Verhandlungen mit VertreterInnen der Stadtbehörden erreichten die HändlerInnen, dass die Bushaltestelle provisorisch für sechs Monate bleibt. Weiter soll durch den Bau von Fussgängerbrücken an dieser und anderen belebten Strassenkreuzungen die Sicherheit der PassantInnen verbessert werden.

Am 6. Oktober waren es BewohnerInnen von Elendsvierteln und marginalisierten Gebieten der Hauptstadt und Villa Nueva, die sämtliche grossen Zubringerstrassen zur Hauptstadt blockierten, was zu einem Verkehrschaos führte. Ihre Hauptforderungen sind die Legalisierung des Landes auf dem sie leben, Wohnbauförderung sowie die Verabschiedung eines integralen Wohnbaugesetzes. Die Strassenblockaden dauerten über 2 ½ Stunden und wurden an einigen Stellen von Sondereinheiten der Polizei aufgelöst, an anderen freiwillig geräumt. Anschliessend an die Blockaden versammelten sich die Demonstrierenden vor der sich in Liquidation befindenden *Bank für Wohnungsbau (BANVI)* und konnten mit einer Delegation der Kommission für Wohnungsbau des Kongresses verhandeln. Diese unterzeichnete ein Dokument, in dem sie versprach, die Legalisierung des Landes voranzutreiben und im Budget 2004 die Wohnbausubventionen zu berücksichtigen. Die BewohnerInnen der Elendsviertel ihrerseits drohen damit, ihre Proteste in zwei Wochen wieder aufzunehmen, falls bis dahin keine konkretere Antwort auf ihre Forderungen vorliegt.

Der Innenminister Adolfo Reyes Calderón erklärte nach dieser Protestwoche strikt, dass die nächste Grup-

pe, die eine Strasse blockiere, genau 30 Minuten Zeit habe diese zu räumen, ansonsten würde die Polizei eingesetzt.

Die nächste Gruppe waren dann am 10. Oktober die *Campeños/-as*, die anlässlich des *Tags der Würde und des Widerstands der Indígenas und BäuerInnen* demonstrierten. Sie beschränkten sich nicht auf die Hauptstadt, sondern blockierten landesweit wichtige Strassen und Kreuzungen. Organisiert wurde der Protest von der *Nationalen BäuerInnenkoordination CNOC* und der *Nationalen Indígena- und BäuerInnenorganisation CONIC*. Sie forderten Land, wehrten sich gegen die Räumungen von besetztem Land und gegen die Freihandelsabkommen *Plan Puebla Panama (PPP)* und *ALCA - Acuerdo de Libre Comercio de las Américas*. „Land, Arbeit und eine integrale Entwicklung für die ländlichen Regionen“ war eine der zahlreichen Parolen der Protestierenden. Tausende von BäuerInnen nahmen im ganzen Land an den Strassenblockaden teil.

Mit dieser Form des Protestes wollen die Demonstrierenden die Regierung auf ihre Situation und auf ihre Forderungen aufmerksam machen. Doch nicht in erster Linie die Regierung reagierte auf die Proteste, sondern die BewohnerInnen der Hauptstadt, die sich darüber ärgern, dass die Einfahrtsstrassen zu Hauptverkehrszeiten für Stunden blockiert sind und sie zu spät zur Arbeit kommen. Wirklich Verständnis für die Situation der Protestierenden bringt kaum jemand auf und noch weniger wird ein Zusammenhang hergestellt zwischen den Protesten und der Politik der Regierung.

Einzig der Ombudsmann für Menschenrechte Sergio Morales zeigt ein gewisses Verständnis für die, wie er es nennt, Verzweiflungstaten. In einer Presseerklärung sagte er, die Leute würden für ihre Rechte und Gerechtigkeit demonstrieren, doch seien es die falschen, die daraus die Konsequenzen tragen müssen. Morales befürchtet, dass in Zukunft solche Proteste in Gewalt ausarten. Ein Beispiel dafür seien die elf Verletzten des Marktes *La Guarda*. Weiter versprach er, VertreterInnen seiner Institution dorthin zu schicken, wo Strassenproteste stattfinden, um zu verhindern, dass die Menschenrechte der DemonstrantInnen verletzt werden und es zu Ausschreitungen kommt.

Es werde Licht

Guatemala, 13. Oktober. Das nationale Elektrifizierungsunternehmen (INDE) droht damit, dass das ganze Departement San Marcos im Monat Dezember ohne Strom bleiben werde. „Schuld“ daran sei die Gemeinde San Isidro Chamac, die sich gegen die Errichtung einer neuen Hochspannungsleitung wehre, deren Bau dringend nötig sei, um die ständigen Stromausfälle im Departement zu beheben.

Doch die Gemeinde San Isidro Chamac wehrt sich zu Recht: Das INDE will nämlich die Hochspannungsleitung 50 Meter von den Häusern entfernt bauen, während sie laut Gesetz 125 Meter von den Häusern entfernt errichtet werden sollte. Die von der Hochspannungsleitung abgegebenen Strahlen können laut

UmweltexperInnen längerfristig zu Krebserkrankungen, Leukämie und sonstigen Störungen des menschlichen Organismus führen. Die Bevölkerung wehre sich nicht *per se* gegen den Fortschritt, wolle jedoch die Gesundheit ihrer Kinder schützen und verlange deshalb eine im Grunde obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung, was laut der BewohnerInnen von San Isidro Chamac bisher nicht gemacht wurde.

Im ganzen Land geht derzeit die Kontroverse um die exzessiv hohen Strompreise weiter. Die für die Stromverteilung im Westen des Landes zuständige Firma DEOCSA erhöhte ohne weitere Erklärung in San Lorenzo, gleichfalls San Marcos, den Strompreis von 18 Quetzales monatlich auf 76 Quetzales. Diese

Summe entspricht in keiner Weise dem Stromkonsum der dortigen Bevölkerung.

Über Stromausfälle von einer Dauer zwischen einer halben Stunde und drei Tagen und ebenfalls über Unregelmäßigkeit in der Kostenabrechnung beklagt sich auch die organisierte Bevölkerung von verschiedenen Gemeinden in Zacapa. In dieser Region des Landes ist DEORSA für die Stromversorgung zuständig.

Nichtsdestotrotz verspricht das INDE, während der Wahlen vom 9. November die Stromversorgung im ganzen Land garantieren zu können. Es werde während dieser Zeit auf den Export von Strom in die Nachbarländer verzichtet, bzw. je nach Bedarf Strom aus Mexiko bezogen, hiess es von Seiten des INDE.

Ein Fall für Panama

Guatemala, 17. Okt. Julio Roberto Ramírez Silva, vierter Richter der Strafinstanz ordnete nun die Archivierung des Falles „Conexión Panamá“ an. Der Richter erklärte, dass diese Resolution auf die von der Staatsanwaltschaft eingereichten Berichte basiere. Diese versicherten, dass die Verbindung der Investitionen in Panama mit Guatemala nie bewiesen wurde. Da die vermuteten Delikte der Geldwäsche durch illegale Konten- und Firmeneröffnung mit Staatsgeldern durch hohe guatemaltekische Funktionäre in Panama verübt worden seien, wäre entsprechend allein das dortige Gerichtswesen für die Verfolgung des Falles befugt.

Auf plumpe Weise deckt so die Staatsanwaltschaft die involvierten

Staats- und deren Strohleute und stigmuliert die Straflosigkeit mit der Zulassung eines Einspruchs wegen Unzuständigkeit der guatemaltekischen Staatsanwaltschaft. Eingereicht wurde er von Julio Girón, Privatsekretär des Präsidenten, Antonio Riley, Schwager des Mandatsträgers sowie César Farfán, Hauptstrohmann. Diese legten dar, dass sie durchaus Unternehmen in Panama besäßen, sie jedoch keine Straftaten in Guatemala begangen hätten. Als unschuldig bezeichnen sie sich dabei nicht.

Die Staatsanwaltschaft hat drei Tage Zeit, Einspruch zu erheben, doch deutet alles darauf hin, dass dies nicht geschehen wird. Denn nachdem bereits zwei Sonderstaatsanwältinnen, von Generalstaatsanwalt Carlos de León unter

Druck gesetzt das Amt abgegeben hatten, hatte die derzeit Verantwortliche drei Monate Zeit, die Akten auf Anomalien hin zu prüfen, was jedoch nicht geschehen ist. Dabei liegt hier der einzige Geldwäsche-Fall vor, in dem die existierenden Beweise neben anderen selbst Präsident Alfonso Portillo und Vize Francisco Reyes López als verwickelt bedeuten.

Doch auch wenn die Gefahr besteht, dass der Prozess zu den Akten gelegt wird, bleibt immer noch die Hoffnung, dass er in Panama weiter verfolgt wird. Im März 2002 begann die Staatsanwaltschaft auf Druck der Medien die Ermittlungen, die gekennzeichnet waren durch zahlreiche Hindernisse und ungewöhnliche Situationen.

Stimmen im und aus dem Ausland

Guatemala, 17. Okt. Zahlreiche deutsche Solidaritäts-, Menschenrechts- und kirchliche Gruppen haben – in Kopie an die deutschen zuständigen Regierungsressorts und mit ausdrücklicher Bitte an diese um verstärkte Aufmerksamkeit und politischen Druck auf die guatemaltekische Regierung – über die Tageszeitungen in Guatemala einen offenen Brief an die derzeit führenden Präsidentschaftskandidaten, ausgenommen Ríos Montt, geschickt, in dem sie ihre tiefe Besorgnis angesichts der aktuellen Situation im Land ausdrücken. Dabei verurteilen sie nicht nur die anhaltenden Bedrohungen von Personen, die sich für die Menschenrechte und Ausübung von Gerechtigkeit einsetzen, die Aktivitäten klandestiner Gruppen und das Nicht-Funktionieren des Justizapparates – mit Beispiel der

verfassungswidrigen Einschreibung von Ríos Montt als Präsidentschaftskandidaten – sondern insistieren zudem auf der Erfüllung der unterzeichneten Friedensabkommen und Einhaltung der Empfehlungen der *Wahrheitskommission* CEH. In diesem Rahmen fordern sie die potentiellen Regierungschefs zur engen Zusammenarbeit mit der *UN-Mission für Guatemala* MINUGUA und vornehmlich zur Realisierung der seit langem angekündigten und dringend nötigen Einsetzung der *Kommission zur Untersuchung und Bekämpfung von klandestinen Gruppen* (CICIACS).

Derweil fand in Washington die 118. Tagung der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission* CIDH statt, bei der guatemaltekische VertreterInnen von Menschenrechts- und staatlichen Organisationen das Klima der Gewalt, der

Bedrohung und der ständigen Verletzungen der Individualrechte im heimischen Land anprangerten. Konsens bestand hinsichtlich der Verantwortung: der fehlende politische Wille der Regierung bezüglich der Erfüllung der Friedensabkommen, der Verlust einer verantwortungsvollen politischen Führung und die Politisierung einiger Institutionen. Zwar gäbe es bereits internationale Begleitmassnahmen, dennoch beantragten die GuatemaltekInnen die Entsendung von BeobachterInnen der CIDH.

Doch selbst Organisationen wie *Amnesty International*, *Human Rights Watch* und das *Anwaltskomitee für Menschenrechte* forderten Unterstützung an höherer Stelle an und baten UNO-Generalsekretär Kofi Annan um die Einrichtung einer Untersuchungsgesandtschaft für die politische Gewalt in Guatemala.

Sinn und Zweck von Arbeitsreformen?

Guatemala, 17. Okt. Rund 1 Mio. der im ländlichen Agrarsektor Arbeitenden sahen sich im Verlauf dieses Jahres mit einer deutlichen Einkommensabnahme konfrontiert - trotz Verabschiedung des Regierungsdekrets für den gesetzlichen Mindestlohn im gleichen Zeitraum. Damit summieren sich im Zeitraum von 1998 bis 2003 etwa 3 Mio., also 40% der in diesem Sektor Angestellten, die unter der Mindestlohngrenze von 30 Quetzales (ca. US\$ 3,75) pro Tag arbeiten. Mit diesem Ergebnis führt Guatemala laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) die entsprechende Liste der Zentralamerikanischen Länder an.

Präsident Alfonso Portillo ergriff sogleich die Gunst der Stunde und kündigte bis zum Jahresende ein Dekret zur Erhöhung des Mindestlohns um 8% an. Sowohl von Seiten der Privatwirtschaft als auch der Gewerkschaften wird dieses Angebot jedoch zurückgewiesen. Alle Involvierten halten die Initiative sowie das Vorantreiben der Reformen des Arbeitskodexes in erster Linie für eine demagogische Wahlkampfstrategie, mit der sich die regierende FRG ein paar Prozentpunkte sichern will. Weder stellen die die Lohnpolitik betreffenden Regierungsentscheidungen der vergangenen dreieinhalb „FRG-Jahre“ einen Ansatz der Lösung für die Gehaltsproblematik dar, noch wäre das jetzige Reformvorhaben nachhaltig gekoppelt an die allgemeinen Preiserhöhungen und würde demnach lediglich eine Inflationsanpassung darstellen. Von Seiten der Gewerkschaften wird eine Lohnerhöhung von 25% für den Agrarsektor und 40% für nicht-landwirtschaftliche Arbeit gefordert. Nur so wäre es für die Angestellten möglich, die Kosten des aktuell 2'392 Quetzales (ca. US\$ 300) umfassenden Warenkorb zu decken. Dagegen beklagt der UnternehmerInnenverband CACIF den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit und wird in der entsprechenden paritätischen Kommission den Forderungen nicht zustimmen.

Grundsätzlich fehlt es an einem Monitoring von Seiten des Staates für die tatsächliche Einhaltung der vorgegebenen Standards durch die – selten willigen – Firmen. Es wäre zuallererst wichtig, so viele AnalystInnen, entsprechende öffentliche Einrichtungen technisch wie ökonomisch angemessen auszustatten.

Gleiches gilt für die seit Mai zu diskutierenden 15 Reformen des Arbeitskodexes, die derzeit auf ihre dritte Lesung im Kongress. Diese schliessen das Recht auf Grundsätzliche Entschädigung (d.h. Zahlpflicht der Arbeitgeber für die geleistete Arbeitszeit auch im

Kündigungsfall), das Arbeitsverbot für Kinder unter 14 Jahren, die Einführung einer maximalen Wochenarbeitszeit von 32 Stunden für Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren und die Einbeziehung von Hausangestellten in das Sozialversicherungssystem. Sexuelle Belästigung aller Art soll von nun an mit einer Geldstrafe belegt werden, und es sollen Schutzmassnahmen zugunsten der Angestellten

aufgestellt werden.

Gegen Letzteres wehren sich die privaten Unternehmen, da sie u.a. Gefahr laufen, von ihren Untergebenen vor Gericht zitiert zu werden. Die Gewerkschaften dagegen kritisieren die Unvollständigkeit der Reformen und verlangen die Einbeziehung des Rechts auf gerechte Behandlung des/r Arbeitenden sowie der Organisationsfreiheit.

Die FRG schreckt vor nichts zurück

Guatemala, 11. Okt. Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú reichte nun Klage ein gegen GenossInnen der Regierungspartei sowie gegen den Präsidenten des Verfassungsgerichts (CC), der sich nicht für die Einhaltung von Ordnung und Sicherheit eingesetzt habe, als Menchú vor wenigen Tagen von AnhängerInnen des FRG-Präsidentschaftskandidaten Ríos Montt verbal angegriffen wurde. Gegen dessen Kandidatur hatte Menchú gerade beim CC eine Rechtsaktion eingelegt. Die aktuelle Anklage umfasst u.a. Verfassungsbruch, Autoritätsmissbrauch, Rechtsverweige-

rung, unterlassene Hilfeleistung und, was die noch anhaltende (inter)nationale Solidarität in den Vordergrund rückt: rassistische Diskriminierung.

Neben den identifizierten FRGlerInnen werden auch die bei dem Vorfall präsenten FRG-Mitglieder Carlos Godoy, Kandidat und Abgeordneter, und Manuel Cabrera, Abgeordneter im Zentralamerikanischen Parlament zur Aussage vor die Staatsanwaltschaft geladen. Ebenso muss sich Staatsanwalt Carlos Gabriel Pineda Hernández verantworten, der angesichts des Tumultes schlicht weggelaufen war.

Es wäre auch zu schön gewesen

Guatemala, 15. Okt. Der Präsidiale Sicherheitsstab (EMP) wird wohl nicht bis Ende Oktober, wie von Präsident Portillo sogar in internationalen Foren wie der UNO in New York angekündigt aufgelöst, sondern entweder 30 Tage länger oder auch bis Mitte Januar zeitgleich zum Regierungswechsel fortbestehen. Der Chef des den EMP ersetzenden Sekretariats für Verwaltungs- und Sicherheitsangelegenheiten SAAS, erklärte, dass man sich in einer „Übergangsphase“ befände, in der das SAAS zwar wie geplant ab 1. Nov. die Verwaltungskontrolle übernimmt, der Schutz des Präsidenten jedoch noch in Händen des Militärs liegen werde.

Feuilletonist Miguel Ángel Albizures von der Tageszeitung *el Periódico* bezeichnet den EMP entsprechend als Fass ohne Boden, in das nicht nur eine Überweisung nach der anderen flösse, seit seine Auflösung feststeht, sondern von dem die für ihre Dienste bereits entschädigten EMP-Angestellten anschliessend für Posten im SAAS aufgestellt werden, eine laut Abmachung durchweg zivile Einrichtung. Auch in anderen Staatsinstitutionen sollen die ehemaligen EMPler – ausschliesslich Militärs – unterkommen und somit weiterhin die Kontrolle behalten, sind sie doch Spezialisten jeglicher Rechtsverstösse, wie der Verletzung des Datenschutzes, Informationsumleitung, Kontrolle über die Zivilgesellschaft, Bedro-

hung und auch Morde. Als Beweis für Letzteres gelte die Inhaftierung von einigen der ihnen.

Diese fiktive Auflösung der Staatssicherheitsinstitution, so Albizures, würde dieses Mal von der Regierungsführung dazu genutzt, die eigenen Leute, die auf Aufstandsbekämpfung gedrillt und nicht zur Machtabgabe an die Zivilgesellschaft bereit seien, an den der FRG und den parallelen Machtgruppen zweckmässigen staatlichen Stellen unterzubringen. Dagegen interessiere die Menschenrechtsbewegung und die durch das Agieren des EMP geschädigten Personen und Institution weniger das Verschwinden eines Namens oder einiger Buchstaben sondern die totale Auflösung eines Repressionsapparats, die Übergabe seiner Akten und die strafrechtliche Verfolgung derjenigen Verantwortlichen von Verbrechen gegen die BürgerInnenschaft.

Dabei beschuldigt der Autor nicht nur die, die die Repressionsmechanismen beibehalten wollen, sondern auch jene, die Guatemala während des so genannten Demokratisierungsprozesses regiert haben, und die sich den Wünschen und Auflagen des Militärs hoffnungslos ergaben, sei es aus Angst, Zweckmässigkeit oder stillschweigender Akzeptanz, dass der Wechsel vom Militärischen zum Zivilen keine Veränderungen mit sich bringe oder auch nur, um der Armee die Hände rein zu waschen.

Wahlbarometer

Wahlbeobachtung

Zum ersten Mal werden dieses Jahr in Guatemala nicht nur internationale, sondern auch nationale BeobachterInnen die Wahlen vom 9. November begleiten. Das Menschenrechtsprokurat (PDH) hat rund 5'000 Personen aufgebeten, die am Wahltag selber in den Wahllokalen anwesend sein werden, das Prozedere beobachten und etwaige Unregelmäßigkeiten anzeigen werden. Zusätzlich gibt es noch das Projekt *Mirador electoral 2003*, eine Aktion, an der verschiedene Organisationen beteiligt sind, wobei jede auf einen bestimmten Bereich des Wahlverlaufs spezialisiert ist: Die Menschenrechtsorganisation CALDH überwacht die Einhaltung der Menschenrechte, die Lateinamerikanische Fakultät für Sozialwissenschaften FLACSO verfolgt das Vorgehen des Obersten Wahlgerichts, das Zentralamerikanische Institut für politische Studien INCEP überwacht das Verhalten der politischen Parteien und *Acción Ciudadana* beobachtet die finanziellen Verhältnisse der Parteien während der Wahlkampagnen, überwacht das Wahlregister und hat ein Schnellverfahren entwickelt, mit dem am Wahltag schnell und zuverlässig eine Überschlagsrechnung gemacht werden kann. Der *Mirador*, speziell CALDH mit dem Menschenrechtsprogramm, richtet sich vor allem an junge Leute und will neben der reinen Wahlbeobachtung einen demokratischen Bewusstseinsbildungsprozess initiieren, der über den 9. November hinausgehen soll. WahlbeobachterIn für den *Mirador electoral 2003* kann jedeR guatemaltekeR BürgerIn sein, die oder der im Wahlregister eingetragen ist und keiner politischen Gruppierung angehört. Die WahlbeobachterInnen erhalten einen Einführungskurs, in dem ihnen die Grundzüge der Geschichte des guatemaltekeischen Demokratisierungsprozesses erklärt werden, sie das Wahl- und Parteiengesetz erklärt bekommen und instruiert werden, wie man sich als WahlbeobachterIn zu verhalten hat und worauf zu achten ist. Die InitiatorInnen rechnen mit der Unterstützung von rund 100 Organisationen und 3'000 Einzelpersonen. Eines der Ziele des Projekts ist, dass die Personen, die als WahlbeobachterInnen unterwegs sind, sich auch später für die politische Entwicklung des Landes interessieren, ihre Augen und Ohren offen halten und selber zu politischen AkteurInnen werden.

Mit dem Ziel, den Wahlprozess auch aus indigener Sicht zu begleiten, gründete sich nun mit 40 Beteiligten die II. Indigene Wahlbeobachtungskommission. Hinter dieser stehen der Rat der Maya-Organisationen, die Nationale Witwenorganisation CONAVIGUA und die Initiative Naleb. Zu ihren selbstgestellten Aufgaben gehört die Revision der parteiprogrammatischen Projekte, die an die verschiedenen Ethnien gerichtet sind, die Kontrolle der Transparenz des Wahlprozesses sowie der den internationalen Konventionen entsprechende Beteiligung der indigenen Bevölkerung. Letzteres schliesst sowohl die mögliche Marginalisierung der Indígenas am Tag der Wahl als auch die potentielle Ausnutzung der wählenden indigenen AnalphabetInnen ein.

Wer bezahlt das bloss alles?

Behinderte, schwangere Frauen, Indígenas: Die Präsidentschaftskandidaten schrecken vor nichts zurück, wenn es darum geht, Wahlpropaganda zu machen und sich bürgerInnennah zu zeigen. Zu Hauptsendezeiten im Fernsehen unterbricht mindestens alle fünf Minuten ein Wahlspot das Programm. Gemäss dem *Mirador Electoral* fliessen insgesamt rund 92 Mio. Quetzales (über 10 Mio. US-\$) in die Fernsehpropaganda der Parteien, was rund 89% des gesamten Werbebudgets der Parteien ausmacht. Bis vor kurzem führte die aktuelle Regierungspartei FRG die Fernsehhitliste an: 2'071 Werbespots flimmerten in der Zeit vom 16. Mai bis zum 31. August über die Bildschirme. An zweiter Stelle folgt die Grosse Nationale Allianz – GANA - von Präsidentschaftskandidat Oscar Berger mit 1'731 Werbespots. An letzter Stelle (von den Parteien, die sich überhaupt Fernsehwerbung leisten können), stand Ende August die Nationale Einheit der Hoffnung (UNE) von Alvaro Colom. Für die Monate September und Oktober sieht die Statistik aber anders aus: Im Moment ist es vor allem Alvaro Colom, der mit seinem schrägen Lächeln die WählerInnen überzeugen will. Darauf angesprochen meinte Colom gegenüber der Tageszeitung *Prensa Libre*: „Solange es die FRG nicht macht, fühle auch ich mich nicht verpflichtet, über die Herkunft der Gelder Rechenschaft abzulegen“.

Frauenforderungen

Seit vergangenem November arbeiteten 22 guatemaltekeische Frauengruppen einen Forderungskatalog aus, den sie jetzt den Präsidentschaftskandidaten präsentieren. In dem Dokument mit dem Namen „Frauen in ihrer Verschiedenheit“ werden folgende acht Forderungen hervorgehoben: Autonomie und politische sowie finanzielle Unabhängigkeit des nationalen Frauensekretariats, eine Politik, welche die Entwicklung der Frauen fördert, Gleichberechtigung von Frau und Mann, Prävention von Rassismus und Diskriminierung, Demokratisierung des Parteiensystems und gleiche Chancen bei politischer Beteiligung und an Wahlen, ein Gesetz über die soziale Entwicklung, das die sexuelle Gesundheit und Reproduktion der Frau einschliesst sowie die Aufnahme von unbezahlter Hausarbeit ins Bruttosozialprodukt. Gemäss Alicia Rodríguez vom Post-Beijing-Komitee bestehe der grosse Erfolg des Dokuments darin, dass es das erste Mal sei, dass so viele Frauenorganisationen einen gemeinsamen Forderungskatalog aufstellten und in so vielen Punkten einen Konsens gefunden haben. Bisher wurde die Agenda „Frauen in ihrer Vielfalt“ erst den Medien vorgestellt. Für den 15. Oktober ist ein Treffen mit den Präsidentschaftsanwärtern geplant.

Zweiter FRG-Kandidat unter umstrittenen Umständen eingeschrieben

Noch Anfang Oktober lehnte das Oberste Wahlgericht (TSE) die Nominierung von Luis Rabbé als FRG-Kandidaten für das Bürgermeisteramt der Hauptstadt ab. Grund dafür war, dass Rabbé nicht wie gesetzlich festgelegt von der auf Gemeindeebene organisierten Basis ernannt wurde sondern von der nationalen Parteileitung. Doch schon eine Woche später kippte die Meinung des TSE und Rabbé wurde offiziell als Kandidat nominiert. Die Oppositionsparteien kritisieren den Entscheid als „widersprüchlich“. Die Begründung des TSE lautete, die FRG habe beweisen können, dass die Partei in der Hauptstadt (welche als eigene Gemeinde gilt) über keine Organisation verfügt und es deshalb rechtmässig sei, dass die nationale Leitung den Kandidaten bestimmt habe.

